

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Ilöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. Köhler in Frankenberg i. Sa.

Er erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 P, monatlich 50 P. Erzeugerlos extra. — Einzelnummern laufend Monats 5 P, früherer Monate 10 P. — **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabehelfern, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **Ab- u. d. Telegramme:** Tageblatt Frankenberg i. Sa.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Perzeile oder deren Raum 15 P, bei Lokal-Anzeigen 12 P; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P; „Eingekandt“ im Redaktionsstelle 35 P. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Oesterreich-Annahme werden 25 P Extragebühr berechnet. **Inseraten-Annahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Die Aufgabe von Inseraten

ersuchen wir im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung und Ausgabe unseres Blattes gefälligst **so zeitig als möglich** erfolgen zu lassen. Größere Inserate erbitten wir uns bis **mittags 9 Uhr**, während kleinere Inserate bis **11 Uhr mittags** Aufnahme finden. Für später einlaufende Anzeigen können wir eine Garantie des Abdrucks in der bezüglichen Abendnummer nicht übernehmen.

Geflügelcholera.

Gemäß § 5 der Verordnung, Maßregeln gegen die Geflügelcholera und Hühnerpest betr., vom 1. Februar 1904 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter dem **Geflügelcholera** festgesetzt worden ist.
Stadtrat Frankenberg, am 15. November 1911.

Deutschland und Italien.

In den letzten Tagen, wo die innere Politik im Vordergrund des Interesses stand, hatte man wenig übrig für die Vorgänge „draußen“, obwohl sich gar manches Interessante ereignete. Insbesondere ist es der türkisch-italienische Krieg, der die Aufmerksamkeit herauszufordern geeignet ist. Wie immer in einem Kriege, sind wirklich authentische Mitteilungen über den Stand der Dinge nur schwer zu erhalten, die verschiedenartigsten Gerüchte kursieren, und ein klares Bild der Situation läßt sich aus den widerspruchsvollen Nachrichten kaum herauswickeln. Daß sich beide Teile in den Gefechten den Sieg zuschreiben, ist menschlich begreiflich, indessen steht unzweifelhaft fest, daß Italien zum mindesten in Tripolitanien keinen Schritt vorwärts gekommen ist, sondern in der Stadi andauernd festgehalten wird. Die Widerstandskraft der Türken ist eine ungeahnte, und mehr und mehr macht es den Eindruck, als wenn den Italienern große Kriegslorbeeren in Tripolis kaum erblühen dürften.

Um vorwärts zu kommen, hatte man in der jüngsten Zeit ersichtlich die Ausdehnung des Krieges auf andere Gegenden ins Auge genommen, und nach einstimmigen Berichten steht es fest, daß eine Flottenaktion im Ägäischen Meere geplant war. Die Mächte haben aber ein beträchtliches Interesse daran, den Krieg auf den eigentlichen Herd zu beschränken, und es ist sehr wohl möglich, daß von ihnen Einspruch erhoben worden ist; wenigstens verlautet, daß die italienische Flotte zurückberufen sei. Natürlich wird von der wertenbrannt italienischen Presse Deutschland und mit ihm auch Oesterreich-Ungarn als Sündenbock gebrauchsmarkt, diese beiden Mächte seien es, die den Italienern in die Arme gefallen seien. Ueberhaupt ist die italienische Presse augenblicklich weder auf Deutschland noch auf Oesterreich-Ungarn gut zu sprechen, weil die Zeitungen beider Länder den italienischen Wünschen nicht nachkommen, sich auf die Benutzung der offiziellen italienischen Kriegsberichterstattung zu beschränken, die ja geradezu „exzellent“ und „einwandfrei“ funktioniert.

Es muß eigenartig bedauern, daß die italienischen Blätter, und darunter sogar bisher sehr deutschfreundliche, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom Leder ziehen, obwohl man in anderen Ländern noch schärfer Kritik übt. Die französischen Pressstimmen lauten durchaus nicht freundlich, und in England ist man über die italienischen Greuelthaten direkt entrüstet und hat die Angelegenheit sogar zum Gegenstand einer Anfrage im Parlament gemacht. Recht diplomatisch entbehrte sich hierbei der Unterstaatssekretär Acland seiner peinlichen Aufgabe, indem er sehr durchsichtig erklärte, er könne es zwar nicht auf sich nehmen, irgend welche Nachrichten über die angeblichen Greuelthaten einzuziehen, außer in Fällen, die britische Untertanen betreffen, aber beziehungsweise fügt er hinzu, es wäre natürlich ein Gegenstand allgemeinen großen Bedauerns, wenn einer der kriegführenden Teile die in den Bestimmungen der internationalen Konvention enthaltenen Kriegesregeln nicht beachtet hätte.

Das besagt genug. Man darf begierig darauf sein, was die italienische Presse zu dieser Erklärung sagen wird. Wahrscheinlich nichts, es handelt sich ja nicht um einen deutschen Staatsmann. . . . Sollte die italienische Presse in dieser Weise fortfahren, so darf sie sich nicht wundern, wenn ein rauchiges Echo aus Deutschland antwortet, denn wir brauchen es uns nicht gefallen zu lassen, wenn man uns jenseits der Alpen anpöbelt. Man sollte drüben auch nicht vergessen, daß die Haltung Italiens auf das Dreihunderverhältnis schließlich doch nicht ohne Einfluß bleiben konnte, und wir haben wohllich keine Veranlassung, den Italienern nachzulassen, den größten Nutzen hat nur Italien; das wolle man am Liber bedenken!

Die Revolution in China.

Yuanhschikai, der „Retter“ des Vaterlandes, hat seinen Einzug in Peking unter sonderbarem Geleit gehalten. Angetan mit einer gelben Jacke, dem Zeichen höchster Auszeichnung, die der Kaiser zu vergeben hat, verließ er seinen Extrazug. Sein Wagen war von Soldaten umgeben, von denen er etwa 2000 mit nach Peking gebracht hatte. Hinter ihm marschierten sechs Hundertstücke, Miesenkete, von denen jeder ein bloßes zweischneidiges Schwert trug. Den ihn begrüßenden Europäern lächelte Yuanhschikai freundlich zu, während

er für die unterwürfigen Mandarinen kaum einen Blick hatte. Gleichzeitig mit der Ankunft erschien ein Edikt, das Yuanhschikai den absoluten Oberbefehl über alle Streitkräfte des chinesischen Reiches übertrug. Seit dem Bestehen der Mandschudynastie hat noch kein Chinese eine derartige Vollmacht gehabt. Yuanhschikais Ankunft wird — wie man glaubt — dem Throne eine ersüßliche Stütze verleihen, weil Yuanhschikai der einzige ist, der genug Vertrauen einflößt, um die finanzielle Hilfe des Auslandes für China zu erwirken. Die Bevölkerung, die bereit war, zu den Rebellen überzugehen, dürfte jetzt zweifellos der Dynastie treu bleiben. — Obwohl Yuanhschikai über mehrere Divisionen zuverlässiger Truppen verfügt, ist es doch fraglich, ob er Südhina der Mandschudynastie wird zurückerobern können. Der Präsident der Provinz Schantung verbürgte sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Europäer in Schanghai lehnen die Verbannung europäischer Truppen ab, da sie zur Aufteilung Chinas führen könnte, und behaupten, mit ihrem 1000 Mann starken Freiwilligenkorps und 700 Mann indischer Polizei die Fremdenstadt gegen jeden Angriff schützen zu können.

Die letzten Depeschen besagen:

Kanton, 15. November. Bei den jetzt herrschenden verwirren Verhältnissen in China steht das Räuber- und Piratenwesen in besonders hoher Blüte. In Kanton sind nicht weniger als 40000 Piraten, welche teilweise bewaffnet sind, teilweise versuchen, sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Die Bevölkerung wird terrorisiert, und Tausende von Piraten besetzen die Stadt Situanan. Auf ihrem Zuge dorthin verübten sie Frauen und Kinder. Sie erklärten, die Rebellen hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Die regulären Soldaten treiben es nicht viel besser. 1500 Mann sind in der Nähe der englischen Konzeption von Yüman eingetroffen. Sie haben auf ihrem Zuge dorthin Frauen und Kinder ermordet.

Der Krieg um Tripolis.

Zwischen den Kabinetten der Großmächte finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die eine einseitige Stellungnahme der Mächte zum Ziele haben, für den Fall, daß Italien den Krieg gegen die Türkei im Ägäischen Meere oder in Kleinasien versuchen sollte. In welcher Weise diese Stellungnahme erfolgen würde, läßt sich zurzeit natürlich noch nicht sagen. Jedenfalls würde sie aber den Zweck im Auge haben, der Gefährdung des Weltfriedens durch die italienischen Operationen vorzubeugen.

Die letzten Depeschen besagen:

Konstantinopel, 15. November. Wie aus Tripolis gemeldet wird, wurden in dem Kampfe bei Dumlupina die Italiener zurückgeschlagen. Die Türken beschloffen nunmehr, nur noch des Nachts anzugreifen, da der Kundschafterdienst der Aeroplane die Flotte so vorzüglich informiert, daß die Schiffsartillerie den Angreifern schweren Schaden zufügt.

Konstantinopel, 15. November. Die Mächte der Tripplenteente teilt gestern offiziell mit, daß sie in Rom Schritte getan hätten, um eine Blockade der Dardanellen, sowie eine Bombardierung Smyrnas, Saloniks und Beirut zu verhindern.

Paris, 15. Novbr. „Ratin“ meldet aus Rom: Hier zirkuliert das Gerücht, daß ein Friedensschluß als nahe bevorstehend zu betrachten sei. Die Türkei soll sich dazu entschlossen haben, ihre Rechte auf Tripolis und der Cyrenaika aufzugeben, als Gegenleistung aber eine hohe Geldentschädigung zu fordern.

Die Auflösung der bayrischen Kammer.

Der bayrische Landtag wurde am Dienstag durch landesherrliche Botenschaft aufgelöst, da das Ministerium es für unmöglich hielt, mit dem bisherigen Zentrum weiter auskommen zu können. Die Auflösung wurde mit stürmischem Jubel auf der linken Seite des Hauses und auf den Tribünen aufgenommen, während im Zentrum eisiges Schweigen herrschte. Präsident Ortner schloß die Sitzung mit einem Hoch auf den Prinzregenten Luitpold. — Ein Zufall wollte es, daß am Tage vor der Auflösung der bayrischen Kammer im Reichstage zu Berlin über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter

verhandelt wurde, über dasselbe Problem, dessen Folgerungen zur Auflösung der bayrischen Kammer geführt haben. Der bayrische Verkehrsminister v. Frauendorfer wurde vom Zentrum wegen seines Verhaltens gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahner-Verband interpelliert und die sich anschließenden Debatten zogen sich viele Tage lang hin. Ihnen lagen die konfuzierenden Bestrebungen des genannten Verbands, der unter dem Einfluß der Sozialdemokratie steht, und einer zweiten, vom Zentrum patronisierten Organisation zugrunde. Der Minister ließ seinen Zweifel darüber, daß er den Bestrebungen des sozialdemokratischen Verbandes ablehnend gegenüberstehe und sich in seinen gegen diesen gerichteten Maßnahmen nicht betreten lassen werde. Aus der Mitte des Parlaments wurden persönliche Angriffe gegen den Minister v. Frauendorfer gerichtet, weil er seinen Räten die Vertretung seines Ressorts überlassen hatte. Es handelte sich sozusagen um Nebenächlichkeiten. Der große Prinzregent selber forderte noch in letzter Stunde sein Ministerium auf, sich durchaus von sachlichen Rücksichten leiten zu lassen. Gleich darauf erfolgte die Auflösung, die einen Appell an den Volkswillen darstellt. Der Ausschall der neuen bayrischen Landtagswahlen wird interessante Schlüsse auf den Ausschall der Reichstagswahlen zu lassen. Die Neuwahlen müssen laut Verfassung innerhalb dreier Monate vorgenommen werden; sie werden aller Wahrscheinlichkeit noch sobald wie möglich, jedenfalls noch vor den Reichstagswahlen stattfinden.

Vom Landtag.

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer nahm in ihrer 3. öffentlichen Sitzung in allgemeiner Vorberatung den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das Staatsschuldbuch, sowie den Entwurf eines Nachtrags zur Geschäftsanteilsverordnung für den Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden vom 13. Mai 1910. Einleitend wies Staatsminister v. Seydewitz auf die wichtigsten Punkte hin, in denen das Staatsschuldbuchgesetz abgeändert werden sollte. Der Entwurf schließt sich den Gesetzesnovellen an, die im vorigen Jahre im Reich und in Preußen erlassen worden seien. Das Staatsschuldbuch sollte damit vollständig gestaltet und die Entzogenen auch kleinen Sparten erleichtert werden, und zwar dadurch, daß die Entzogenen von nun an auch dann erfolgen könne, wenn der Betreffende keine Schuldverschreibung a-konsumieren habe. Jedermann könne gegen Verzinsung kostenlos eine Buchschuld erwerben. Ferner solle die Vertung des Staatsschuldbuches künftig nicht mehr vom Vorstehen des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden, sondern durch einen königlichen Kommissar erfolgen. — Abg. Bauer (natl.) beauftragte namens seiner Partei die vorgeschlagenen Änderungen und Erleichterungen und sprach die Hoffnung aus, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu führen würden, die Kurse der heimischen Staatsanleihen zu steigern und eine gewisse Stetigkeit auf dem Anleihemarkt herbeizuführen. Ferner beantragte schließlich die Ueberweisung der Vorlagen an die Gesetzgebungsdeputation in Gemeinschaft mit der Finanzdeputation A. — Abg. Döry (konl.) erklärte die Vorteile des vorliegenden Entwurfs und wies als Mängel des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden besonders darauf hin, daß dieser Ausschuß selbst es gewohnt sei, bei der Regierung beantragt habe, die Vertung des Staatsschuldbuches einem Regierungsbeamten zu übertragen, und zwar aus dem Grunde, weil diese Vertung immer größere Anforderungen an den damit Betrauten stelle. — Abg. Schultze (oz.) erklärte, daß auch seine Partei im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden sei, weil an der Festigkeit des Staatsschulden und der Stetigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Arbeiter in gewissem Sinne interessiert seien. — Hierauf wurde der Gesetzentwurf antragsgemäß einstimmig an die Gesetzgebungsdeputation in Verein mit der Finanzdeputation A. überwiesen.

* **Anträge der nationalliberalen Landtagsfraktion.** Von der nationalliberalen Fraktion liegen drei Anträge im Landtag vor. Sie wüßte die Abänderung des Gesetzentwurfs über die Feuerbestattung und die Einbürgerung der Bestimmungen, daß zur Ausstellung der Zeugnisse auch alle approbierten Ärzte befragt sind. Der andere Antrag wünscht die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach das Disziplinarverfahren gegen städtliche Beamte auch Anwendung finden soll auf die berufsmäßigen Bürgermeister in den Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleinere Städte, und auf die berufsmäßigen Gemeindevorstände, und ferner auf alle mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten und Unterbeamten, auch wenn sie nicht auf Lebenszeit angestellt sind. Der dritte Antrag lautet: Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie bei Verteilung von Staatsaufträgen in höherem Maße als bisher den Versuch anstelle, ob sich a) die Vergütung nach dem Grundloß des angemessenen Preises und b) die Vergütung an sogenannte Vorkontingentverträge von Kleinverwerbetreibenden be- währt.

Stadt Zwidau, für die bekanntlich im nächstjährigen Staatshaushalt Mittel vorgesehen sind, hat unter den als Sitz der neuen Amtshauptmannschaft in Frage kommenden Städten einen gewissen Vorrang hervorgehoben. Die Stadt Zwidau will einen Bauplatz für das amtshauptmannschaftliche Gebäude unentgeltlich zur Verfügung stellen. Zwischen haben sich auch Weidau und Grimnitzschau beworben, und neuerdings wird bekannt, daß auch die Stadt Kirchberg eine Eingabe an die Städteversammlung richten wird. Die Städteverwaltung von Kirchberg erbietet sich, nicht nur den Bauplatz unentgeltlich herzugeben, sondern auch das Dienstgebäude auf ihre Kosten zu errichten nach den Angaben und Plänen der Regierung und es gegen angemessene Miete zur Verfügung zu stellen, sowie auch alle Nebenkosten, Anliegerlasten usw. zu tragen.

Zwidau. In das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde die Wirtschafterin Gräfe aus Reichenbach bei Waldenburg, die ihren geisteschwachen Sohn erdrosselt hatte.

Meerane. Nach einer Reihe von Unterschlagungen ist am Sonnabend der zweite Geschäftsführer der Meeraner Sektion des Textilarbeiterverbandes Emil Auerbach flüchtig geworden. Bei einer Revision in voriger Woche stellte sich, wie das „Meer. Tagbl.“ meldet, heraus, daß er Unterschlagungsgelder höher verbucht hatte, als sie gezahlt wurden und daß er die unterschlagenen Gelder zu seinem eigenen Nutzen verwendet hat. Die Höhe der unterschlagenen Summe steht noch nicht fest.

Ramenz. Ein seltenes Jubiläum konnten hier sechs Bürger begehen. Am 10. November 1871 hatten Stadtrat Gierlich, Stadtrat Wirth, Schuhmachermeister Pelz, Tuchfabrikant Leise, Weingärtnermeister Scheuermann und Baumeister Wendi das Bürgerrecht der Stadt Ramenz erworben und waren nun zusammengekommen, um die 40. Wiederkehr des bedeutungsvollen Tages gemeinsam zu erleben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zum Fall Banghammer sendet uns der Hauptverein Deutscher Tapetenhändler mit der Bitte um Veröffentlichung eine Mitteilung, in der es heißt: „Der Verband Deutscher Tapetenfabrikanten hat in seiner Sitzung vom 12. November 1911 den bisherigen Leiter des Kartells, Banghammer-Ghematz, einstimmig zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Gegenüber den Angriffen und Verhöhnungen gegen Herrn Banghammer wegen der Diagonalfälle hat der Verband ihm wiederholt sein volles Vertrauen ausgesprochen.“

Der Kaiser und der Jungdeutschland-Bund. Das Telegramm des Kaisers an den Generalfeldmarschall Frhr. v. d. Goltz als Antwort auf dessen Begrüßung bei der Begründung des „Jungdeutschland-Bundes“ lautet: „Sehr erfreut über Ihre Weidung von der erfolgten Gründung des Jungdeutschland-Bundes, erlaube ich Sie, dem Bund für die Versicherung treuer Ergebenheit besten Dank auszusprechen. Meine wärmsten Wünsche geleiten den jungen Bund und seine Mitarbeit an der großen nationalen Aufgabe, die deutsche Jugend zu kräftigen und die Volks- und Widerstandskraft des Vaterlandes zu stärken. Möge dem Bunde unter Ihrer Leitung gegenwärtiger Erfolg beschieden sein.“

Ueber das Interesse Deutschlands an einem französisch-spanischen Marokko-Abkommen erzählt der Berliner Vertreter des „G. T.“ folgendes: Deutschland ist an der kommenden Einigung zwischen Frankreich und Spanien nur mittelbar interessiert. Die Reichsregierung wird aber streng darüber wachen, daß die deutschen wirtschaftlichen Rechte, wie sie mit Frankreich vereinbart sind, durch das Abkommen Frankreichs mit Spanien in keiner Weise geschmälert werden. Frankreich befindet sich da in einer schwierigen Lage, denn in dem Geheimvertrag mit Spanien von 1904 hat es diesem (Spanien) große Rechte in Teilen von Nordmarokko zuerkannt, Rechte, auf die im deutsch-französischen Abkommen keine Rücksicht genommen ist. Deutschland wird und muß daher von Frankreich verlangen, daß in dem französisch-spanischen Abkommen die uns garantierten wirtschaftlichen Rechte auch in dem spanischen Einflußgebiet völlig gesichert bleiben.

Zwischen dem Marokko-Minensyndikat Mannesmann und der französischen Union des Mines ist ein Abkommen zur Regulierung der geschäftlichen Interessen in Marokko auf paritätischer Grundlage unterzeichnet worden.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission, daß das deutsch-französische Abkommen zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Reichstags nicht bedürfe, daß jedoch die verbündeten Regierungen gerecht seien, durch Abänderung des bestehenden Rechtszustands die gegenseitigen Rücksichten in weitem Umfang als bisher zur Mitwirkung bei Erwerb und Abtretung von Kolonialbesitz heranzuziehen.

Spanisch-Guinea wird deutsch. Das spanische Kolonialgebiet an der Küste von Guinea wird auf der Bankseite von allen Seiten eingeschlossen durch das jetzt im Marokko-Abkommen von Frankreich an Deutschland abgetretene Kongogebiet. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Abtretung dieses spanischen Gebiets an Deutschland ins Auge gefaßt sei. Jetzt wird der „Frankf. Zig.“ aus Madrid gemeldet: Die längere Unterredung des deutschen Votschafters mit dem spanischen Minister des Auswärtigen am Montag wird trotz amtlicher Ablehnung mit einer Abtretung Spanisch-Guineas an Deutschland in Zusammenhang gebracht. Die Erwerbung dieses Gebiets würde die „Unstimmigkeit“ beseitigen, daß inmitten unseres Besitzes ein fremdes Gebiet besteht, das noch dazu direkt an der Küste liegt. Der eigene Zugang zum Meer ist natürlich eine Notwendigkeit für das deutsche Hinterland in Guinea. Auch die Erwerbung der Insel Fernando Po, die der Küste am nächsten liegende der vier Guinea-Inseln, ist geplant.

Wahregulierung eines Lehrers. Der Volksschullehrer Engler in Kahl am Main wurde wegen Verfassens eines sozialdemokratischen Blattes und Verlesung zweier tendenziöser Erzählungen für dieses Blatt, sowie wegen Besuchs sozialdemokratischer Versammlungen im Disziplinarweg mit Zwangsverweisung bestraft. Der Lehrer hat Beschwerde beim Kultusministerium eingelegt.

Dem mecklenburgischen Landtag sind die Grundzüge einer Verfassungsreform zugegangen.

Oesterreich-Ungarn. Standalktionen im Abgeordnetenhaus. Bei Beginn der Dienstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses leitete der Abgeordnete Raik wegen seiner jüngsten Hundreitschneiderei dem Hause Abbitte. Als darauf zur Feuerungsdebatte übergegangen wurde, gab es den ersten Skandal unter dem neuen Ministerium. Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte nämlich, daß er sich in der Frage der Einführung argentinischen Fleisches auf den Standpunkt der früheren Regierung stellen müsse, die ein Einpruchsrecht Ungarns anerkannte, und daß die Regierung einem etwaigen gegenteiligen Beschlusse des Hauses nicht Folge leisten könnte. Darauf brachen die Sozialdemokraten und ein Teil der Wiener Freisinnigen in stürmische Rufe: „Rieder mit der Regierung! Abzug!“ aus. Einzelne sozialdemokratische Abgeordnete stürzten mit geballten Fäusten auf die Ministerbank los. Erst nach geraumer Zeit und anhaltendem Geknurre des Präsidenten legte sich der Sturm, so daß die Debatte fortgesetzt werden konnte.

Der Führer der christlich-sozialen Partei in Oesterreich, Dr. Ebenhoch, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Reichsratsmandat niedergelegt.

Belgien. Die Erbschaftsanfrage der Prinzessin Luise von Koburg. In Brüssel fand die Schlichtung des großen Prozesses statt, den Prinzessin Luise von Koburg, die „Schändens-Prinzessin“, um die gesamte Erbschaft ihres Vaters, des Königs Leopold II. von Belgien, geföhrt hat. Alle Ansprüche der Prinzessin wurden abgewiesen, nur die Familienstiftung Hebebeckh bei Koburg wurde für ungeschädigt erklärt und aufgeteilt.

Frankreich. Die Blätter rechnen mit der Abdankung des Ministers de Selvas, dem die für Frankreich ungünstige Marokko-Einbarung zur Last gelegt wird, als mit einer Tatsache der Zukunft. Wegen angeblich verfassungswidriger Verhandlungen des Ministers mit Spanien soll eine Untersuchung stattfinden.

Auf Antrag des Seepflichtigen von Vortent wurden sämtliche alten Vorräte des Pulvers B, die sich im Pulvermagazin von Vortent befanden, mittels Treppendampfers auf offener See versenkt.

England. Unter der trüben Bevölkerung werden zurzeit Märchen über angebliche Greuelthaten englischer Soldaten verbreitet. Eine Anzahl Bepfandter, die man nicht in die Spitäler aufzunehmen wollte, soll von englischen Soldaten lutzgerhand niedergeschossen worden sein. Die Toten und Verwundeten sollen dann auf einem großen Scheiterhaufen verbrannt worden sein. Der Zweck dieser Schauermärchen ist, die Volkseinstimmung wieder einmal gegen das englische Regiment anzuschärfen.

Im englischen Unterhause beabsichtigt der unionistische Abgeordnete Selman eine sehr wichtige Frage wegen der letzten Rede des Reichstagslers an den Minister des Auswärtigen zu richten. Man erwartet, daß Sir Edward Grey eine sehr eingehende Antwort erteilen wird.

Vermischtes.

Vermischte Notizen. Die bevorstehende Einrichtung eines Millionärszoo's macht in Amerika vor sich reden. Der Delinquent ist Henry Clay Pratt, der auf einer Automobiltour seine Gattin ermordete. Sein Gnadengeuch wurde abschlägig beschieden. Die Einrichtung soll mittels Elektrizität erfolgen. — Der Nycton, der in den letzten Tagen die nordamerikanischen Staaten Illinois und Wisconsin heimsuchte, hat über 700 Menschen getödet. — In Springfield in Massachusetts begann der Prozeß gegen Vertram Spencer, einem wohlhabenden Geschäftsmann. Am Tage besorgte er sein gutgehendes Geschäft und nachts verübte er Einbrüche. Bei einem solchen Einbruch wurde er vor 18 Monaten von zwei Damen überfallen. Er schoß und tödete eine derselben. — In New-York wurde das Rauchverbot für Damen in Restaurants und Cafes aufgehoben.

Sturmwecker. Im englischen Kanal hat ein Südweststurm, der an Festigkeit jenem der letzten Tage, der die deutsche Meere heimsuchte, nicht nachstand, der Schifffahrt großen Schaden zugefügt. Die Küsten sind mit Schiffsstrümmern besät. Die Schifffahrt ist völlig unterbrochen worden.

200 Häuser niedergebrannt. Aus Ploz in Rußland wird gemeldet: Durch Funkenflug einer Lokomotive brannten in Stals die Kirche und 200 Häuser nieder. Vier Personen kamen in den Flammen um, mehrere wurden verletzt.

Jugend von heute. In München ist eine 17jährige Baronin zum Stadtgespräch geworden, die eine krankhafte Sucht hat, junge Leute zu überreden, mit ihr gemeinschaftlich in den Tod zu gehen. Das auffallend hübsche Mädchen hat durch ihren unheilvollen Einfluß mehrere Gymnasialisten so verführt, daß diese schweren Nervenschmerzen ausgesetzt waren. Man fordert die Internierung der Baronin in einer Heilanstalt. — In Berlin wurde bekanntlich vor einigen Tagen eine junge Aristokratin in exzessivem Zustand in einer Kirche aufgefunden. Das junge Mädchen gab an, eine Gefallene zu sein und erzählte die phantastischsten Dinge, an denen kein wahres Wort war.

Schwerer Jagdunfall Stenlewicz. Henry Stenlewicz, der bedeutendste Romanschriftsteller polnischer Zunge, wurde bei einer Jagd auf dem Gute Pawlowice von einem Jagdgast, als dieser nach einem Hasen schoß, durch zwei Schüsse, am Knie und an der Stirn, schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Henry Stenlewicz, der im 65. Lebensjahre steht, besitzt auch viele Verehrer unter den Deutschen; mehr vielleicht als unter seinen eigenen Landsleuten, deren phantastische Veranlagung seiner Realistik gegen den Strich geht. Am bekanntesten und gelesensten von Stenlewicz' Werken ist in Deutschland: „Uno babis“.

Ein Arzt durch einen Patienten schwer verletzt. Dr. med. Schneider in Essen a. d. Ruhr wurde von einem Patienten durch einen Schuß in die Brust lebensgefährlich verletzt. Der Täter, ein Krankenhausemitglied, handelte aus Rache, weil ihn der Arzt gesund erklärt hatte.

Einbruch in ein Landgericht. Einbrecher besaßen einen Art flatterten dem Stettiner Landgericht einen Besuch ab. Die Diebe zerräumeren mit einem großen Feldstein die Scheiben

des im Hinteren liegenden Fensters des Zimmers des Untersuchungsrichters und stahlen hier einen großen Aktenschieber, der die Strafakten zu einem umfangreichen Darlehnschwundelprozeß gegen Seugbisch und Genossen enthielt. Den Akten hat man später auf freiem Felde leer aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die launische Dollarpriuzess. Der österreichische Offizier Starz hat die Tochter des Multimillionärs Murray in Troy auf Schabeneck im Betrage von 100 000 M. verheiratet. Der Offizier hatte die Dollarpriuzessin in Wien kennen gelernt. Er verlobte sich alsbald mit ihr, sie gab die Verlobung jedoch wieder auf, und der ehemalige Bedienten behauptet nun, für Beschenke und sonstige Aufwendungen 100 000 Mark verbraucht zu haben.

Heer und Marine.

Das Unionschiff „Kaiserin“. Es konnte bisher auffallen, daß trotz aller Kriegsschiff-Neubauten bisher noch kein Fahrzeug den Namen der Kaiserin führte. Nur der kleine Kreuzer „Prinzess Wilhelm“, der bereits im Jahre 1887 vom Stapel lief, erinnerte an die Gemahlin des einstigen Prinzen Wilhelm von Preußen, des jetzigen Kaisers. Besitzt unsere Flotte doch auch bereits seit den 90er Jahren einen großen Kreuzer, der den Namen der Tochter des Kaiserpaars, „Victoria Luise“, führt. Und früher gab es Korvetten mit dem Namen „Augusta“ und „Victoria“, die nach den beiden ersten Kaiserinnen des Deutschen Reiches benannt waren. Die „Augusta“ erhielt dann eine Nachfolgerin in der heutigen „Kaiserin Augusta“, als letzteres Schiff in den 80er Jahren mit der gesamten Besatzung bei einem Unfall im Golf von Athen untergegangen war. Jetzt führt einer der modernsten Dreadnought-Kreuzer den Namen „Kaiserin“, der ein Schwefelschiff des erst im März d. J. zu Wasser gebrachten „Kaiser“ ist. Beide Schiffe werden nach ihrer Bauvollendung in derselben Geschwader Verwendung finden, dem auch die weiteren Dreadnought-Kreuzer „Prinzregent Luitpold“ und „König Albert“ beigegeben werden sollen. Immerhin ist es in der deutschen Kriegsmarine eine Neuerung, wenn jetzt ein Unionschiff den Namen einer kaiserlichen Frau führt. Bis jetzt war es nur der Fall bei Kreuzern, wie dies die Schiffskisten beweisen.

Wesentliche Verankaltungen.

Im Welttheater (Kiosalon), Innere Freiberger Straße, wird jetzt u. a. ein großer Film „Das Opfer des Wommonen“, Drama in 4 Akten, vorgeführt. Dieses Drama, das nur für Erwachsene bestimmt ist, verfolgt die amerkanische Welt. Es schildert das ergreifende Schicksal eines jungen Mädchens, das in die Hände der Wommonen geriet. (Siehe Inserat)

Telegramme und Neuheit Nachrichten.

vom 15. November 1911.

Dresden. Der Fabrikarbeiter G. Bütner aus Chemnitz erschloß auf dem Heimwege von einer Kirmessfeier seine Geliebte, die 20 Jahre alte Backerin Wally Richter, und dann sich selbst.

Berlin. Auf dem Flugplatz Johannisthal ist heute früh der Aviatiker Pieschler bei einem Absturz tödlich verunglückt.

München. Die Neuwahlen zum bayerischen Landtag sollen noch vor der Reichstagswahl, und zwar in der Zeit vom 8. bis 12. Januar, stattfinden.

Paris. Die Kammer hat gestern mit großer Mehrheit von 402 gegen 98 Stimmen das Vertrauensvotum für die Regierung abgegeben. Der Marineminister Delcassé gab in ausführlicher Rede Rechenschaft über alles, was vorgefallen war, und versicherte, die versprochenen Reformen zu beschleunigen. Der Sozialist Thomson versuchte noch in letzter Stunde einen Angriff auf das Ministerium, vermochte aber nicht, wie er gehofft hatte, die Rechte und das Zentrum in sein Mandat hineinzuziehen.

Paris. „Gaulois“ veröffentlicht eine Zuschrift des Bischofs von Französisch-Kongo namens Angouard, der seit 34 Jahren in Afrika tätig ist. Dieser sachkundige Mann erzählt, daß die Landstrecken, welche Frankreich an Deutschland abgetreten hat, unwirtlich seien und nur wenige Eingeborene besitzen, und daß die Bevölkerung noch vielfach der Menschenfresserei huldigt. Auch die Gebiete, welche Frankreich längs des Ubangui abgetreten hat, seien unwirtlich und größtenteils überflutet. Ähnlich verhält es sich aber auch mit dem von Deutschland an Frankreich abgetretenen Entenschnabel, der gleichfalls fiederschwangere Moräste enthält.

London. In einer Versammlung erklärte der ehemalige Privatsekretär des verstorbenen englischen Premierministers Campbell Bannerman, Tontouby, England habe im September d. J. vor einem Kriege mit Deutschland gestanden. Alle Vorbereitungen seien getroffen gewesen. Die Flotte habe die Torpedoneue um die Schiffe angelegt gehabt und Furcht vor einem Attentat durch deutsche Torpedoboote. Sir William Dole gab einen Ausbruch Kaiser Wilhelms wieder, wonach der Kaiser gesagt habe: Ich bin der einzige Freund, den England im Bande hat.

Konstantinopel, 15. Nov. Nach Meldungen aus Tripolis sollen die türkischen Truppen die von den Italienern besetzten arabischen Brinnen, sowie Sul el Achima wieder genommen und den Italienern bei Dumeliana schwere Verluste zugefügt haben. Diese sollen mehrere Hundert Tote und Verwundete zu beklagen haben. Der Generalfeldmarschall Fethi Bey ist nicht tot, sondern nur verwundet.

Vorausichtliche Witterung für Donnerstag, 16. Novbr.: Behagte Südwestwinde, Zunahme der Bevölkerung, mild, zeitweise Niederlag.

Praktische Damen- und Kinder-Mode. — Deutsche Kinder-Modentwelt. Ueber diese beiden wertvollen Zeitschriften ist der heutigen Nummer des „Frankenberger Tageblatts“ ein Prospekt beigelegt, der allen Hausfrauen zur Beachtung empfohlen wird. Die Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der hier angebotenen Modenblätter lassen den Preis für dieselben so gering erscheinen, daß jede Hausfrau das Abonnement auf eine derselben bestellen sollte.

Gegen
aufgesprungene,
rote
Haut!



Die nichtstehende
Hautcreme!

Kombella

Ärztlich empfohlen als Bestes zur Haut- und Schönheitspflege! Zur Erhaltung eines jugendlichen, reinen Teints, gegen aufgesprungene rote Haut und alle Hauterkrankungen. Tube 60 u. 100 Pf.

Zu haben bei: F. Cassler, Löwen-Apothek, — Albert Freitag, Drogerie. — Richard Hierisch, Drogerie. — Eduard Körner, Solanhandlung.

